Majewski, Piotr M.: „Niemcy sudeccy“ 1848-1948. Historia pewnego nacjonalizmu [„Die Sudetendeutschen“ 1848-1948. Die Geschichte eines bestimmten Nationalismus].

Wydawnictwo Uniwersytetu Warszawskiego, Warszawa 2007, 554 S.

Im Zentrum von Piotr Majewskis Darstellung stehen die politischen Konflikte, die Ausgleichsversuche und die zeitweilige Zusammenarbeit zwischen Tschechen und Deutschen in den böhmischen Ländern. Im ersten Abschnitt gibt Majewski einen Überblick über das Verhältnis der Deutschböhmen zu ihren tschechischen Nachbarn zwischen der Revolution von 1848 und dem Ende des Ersten Weltkriegs. Dieser Abriss ist auf den polnischen Leser zugeschnitten, er beruht auf der einschlägigen Sekundärliteratur und hält einen angemessenen Abstand zu einseitig nationalistischen Interpretationen beider Seiten.

Der Schwerpunkt von Majewskis Darstellung liegt auf der Zwischenkriegszeit, die mehr als die Hälfte des Werkes ausmacht. Für seine Analyse der Sudeten-deutschen „in der Rolle einer nationalen Minderheit“ hat er Bestände in mehreren Prager Archiven und auch im Warschauer „Archiv neuer Akten“ ausgewertet. Gestützt auf veröffentlichte Quellen und die Sekundärliteratur schildert Majewski den Kampf der deutschen Politiker um das „Selbstbestimmungsrecht“ bzw. der tschechischen Politiker um die Bewahrung der „historischen Grenzen“ und geht ausführlich auf den Streit um Edvard Benešs Mémoire III ein. Den Ausschluss der Vertreter der nationalen Minderheiten aus der „Revolutionären Nationalversammlung“ Ende 1918 verteidigt er mit dem Argument, dass sie die Annahme einer Verfassung hätten blockieren können. Die Folge wäre ein Staat ohne Verfassung, zerrissen von einem dauernden Kampf der Tschechen und Slowaken mit den nationalen Minderheiten gewesen (S. 186). Bei seiner Behandlung des Sprachenrechts folgt Majewski der Studie von Jaroslav Kučera. Deutsch wurde eben nicht, wie im Mémoire III versprochen, die zweite Staatssprache. Kleinliche Regelungen schufen Verbitterung, so etwa die Vorschrift, dass Zivilprozesse sogar zwischen Deutschen in tschechischer Sprache geführt werden mussten. Auch die im Vergleich zur Monarchie erkennbare Einschränkung der kommunalen Selbstverwaltung führte zu einer Schwächung der Position der nationalen Minderheiten. Die Parlamentsordnung stärkte den Vorsitzenden bzw. die Mehrheit gegenüber den einzelnen Abgeordneten respektive den Minderheiten in einem Maße, dass die deutschen Abgeordneten von einem „Maulkorbparagraphen“ sprachen. Deutsche Anträge wurden einfach nicht behandelt, darauf folgende Obstruktionen durch die Entfernung deutscher Abgeordneter aus dem Parlament geahndet.

In seinem Überblick über die deutschen Parteien betont Majewski deren Provinzialismus und zugleich ihre Vorstellungen von einer „Volksgemeinschaft“, die eine Eingliederung in die „offene Gesellschaft“ der Tschechoslowakischen Republik erschwert hätten. Zudem waren die meisten deutschen Parteien anfangs gegen das Zugeständnis territorialer Autonomie zur Zusammenarbeit bereit, ein Preis, den die Tschechen aber nicht zahlen wollten.

Vor allem auf der Basis der Statistischen Jahrbücher und der Akten der Prager Landesbehörde behandelt Majewski den „nationalen Besitzstand“ der Deutschen in

den böhmischen Ländern. Den für die Deutschen an sich günstigen Zahlen – z.B. was das Bildungsniveau und die Präsenz Deutscher in Führungspositionen in der Industrie betraf – stellt er die Benachteiligungen gegenüber, denen die Deutschen ausgesetzt waren. Er nennt hier vor allem die Bodenreform und die erschwerte Aufnahme in den Staatsdienst. Auf hohen Posten fand man äußerst selten Deutsche, in den Ministerien stellten sie lediglich ein Prozent. Stärker als solche Benachteiligungen hätten aber „Nadelstiche“ die Deutschen dem Staat entfremdet, wie die Verbote des Prager Oberbürgermeisters Karel Baxa, deutschsprachige Plakate aufzuhängen oder Urnen Verstorbener deutsch zu beschriften (S. 256 f.).

Majewski zeichnet „den langen Weg zur Entspannung“ nach. Vermerken der Kanzlei des Präsidenten entnimmt er, dass Tomáš Garrigue Masaryk seit 1922 zahlreiche deutsche Politiker empfangen und ein Entgegenkommen bei der Bedienung der Kriegsanleihen angeboten hat, doch sei der „Fünferausschuss“ („pětka“) der Regierungsparteien damals zu keinen Zugeständnissen bereit gewesen. Die Differenzierung im Lager der deutschen Parteien in „Aktivisten“ und „Negativisten“ kann Majewski auch mit Lageberichten des Präsidiums der politischen Landesverwaltung belegen, da an so gut wie allen öffentlichen Veranstaltungen deutscher Parteien Vertreter der Staatspolizei teilnahmen. So wurde auch eine Äußerung Lodgmans am 27. März 1924 aufgezeichnet: „Das Streben der Deutschen nach absoluter Freiheit kann vernichtet werden durch den süßen Gedanken an Autonomie“, warnte der Redner (S. 266). Als den Parteien der *pětka* 1926 Mandate für eine Regierungsmehrheit fehlten und die beiden aktivistischen Parteien „Bund der Landwirte“ (BdL) und „Deutsche Christlich-Soziale Volkspartei“ (DCSVP) ihren Stimmenanteil beinahe verdoppelten, eröffnete sich die Chance für eine deutsche Regierungsbeteiligung. Zuvor peitschten die tschechischen Parteien allerdings noch die minderheitenfeindlichen Sprachengesetze durch das Parlament. Als die deutschen Parteien Informationen über ein neues Wahlrecht erhielten, das ihren Einfluss beschneiden sollte, bekannte sich der BdL-Vorsitzende Franz Spina zur „Symbiose“ mit den Tschechen und gegen den Anschluss an Deutschland. Wie Majewski Akten der Präsidentenkanzlei entnimmt, wurde der Regierungseintritt des BdL und der DCSVP auch durch Korruption erleichtert. Beide Parteien erhielten nämlich nunmehr ebenso wie die tschechoslowakischen Hauptparteien Kontingente für die zollfreie Einfuhr polnischer Kohle, die sie mit Gewinn an die Kohlekonzerne weitergeben konnten (S. 277 f.). Nach Majewski beruhte die Zusammenarbeit in der Regierung bei den tschechischen Parteien auf der Annahme, dass die Aktivisten schließlich den zentralistischen Charakter des Staates anerkennen, und bei den Aktivisten darauf, dass die Tschechen sich auf die Föderalisierung einlassen würden. Doch keine Seite machte Zugeständnisse (S. 280). An der Jahreswende 1927/28 schienen sogar die Deutsche Nationalpartei (DNP) und die Deutsche Nationalsozialistische Arbeiterpartei (DNSAP) zur Absage an eine Separation und zur Beschränkung auf Autonomie bereit, wie Majewski Lageberichten an das Präsidium des Ministerrats entnimmt (S. 284).

Zum Thema „Volkstumskampf und Volksgemeinschaft“ stützt sich Majewski auf Berichte des Justizministeriums, der Prager Landesbehörde und des Innenministeriums. Die mitgliederstarken Schutzvereine wie der „Bund der Deutschen“, der

„Deutsche Kulturverband“ oder der „Deutsche Turnverband“ standen vorwiegend hinter den Negativisten.

Aus den Wahlen von 1929 gingen auf deutscher Seite die Linksparteien, aber auch die DNSAP siegreich hervor. Majewski verfolgt nicht nur die Politik der einzelnen Parteien, sondern auch recht genau deren innere Auseinandersetzungen. Zwei Tage nach den Neuwahlen zur Nationalversammlung erschütterte der „Schwarze Freitag“ die Weltwirtschaft. „Im Zeichen der großen Krise“ herrschte in den mehrheitlich deutschen Randgebieten eine 2,6 Mal höhere Arbeitslosigkeit als im tschechischen Landesinnern. Die Krise der Gesellschaft drückte sich in hohen Selbstmordraten, der Kindersterblichkeit und der Prostitution aus, Erscheinungen, für die Majewski Prozentzahlen nennt (S. 304). Die Kommunisten machten die Kapitalisten, die Nationalsozialisten die Tschechen für die Not verantwortlich und organisierten Bergarbeiterstreiks, bei denen es zu Zusammenstößen mit der Gendarmerie kam (S. 305 f.).

Schon bei den Kommunalwahlen von 1930 erhöhte sich der Stimmanteil der „Hakenkreuzler“, wie Majewski die Mitglieder der DNSAP nennt, um sie von den tschechischen Nationalsozialisten unterscheiden zu können. Die jungen Anhänger gründeten eine Reihe von Verbänden, darunter den „Volkssport - Nationalsozialistischer Verband für Wandern, Sport und Spiel“, deren radikale Mitglieder sich mit Kommunisten und Sozialdemokraten prügeln. Ende Februar 1932 verbot die Prager Regierung den „Volkssport“, ließ 263 Funktionäre verhaften und einen Prozess gegen diesen Verband führen, der allerdings der DNSAP Sympathie auch über ihre eigentliche Anhängerschaft hinaus einbrachte.

Auf die wachsenden Gefahren von innen und außen reagierte die Regierung mit zahlreichen Gesetzen, unter anderem mit einem Gesetz vom 25. Oktober 1933, das Verbot und Auflösung von DNSAP und DNP ermöglichte. Der Vorsitzende des Deutschen Turnverbands beantwortete dies mit einem Aufruf zur Gründung einer Sammlungsbewegung, der „Sudetendeutschen Heimatfront“ (SHF). Die tschechischen Parteien waren unsicher, wie sie mit der SHF umgehen sollten. Mit Dokumenten aus dem Fond Sudetendeutsche Partei (SdP) belegt Majewski, dass Spina die neue Gruppierung als erster unter seine Fittiche nahm, zumal er ihr bei den nächsten Wahlen nur etwa 15 bis 20 Sitze zutraute (S. 339). Führende Funktionäre der tschechoslowakischen Agrarpartei glaubten ebenfalls, die „jungen Leute“ von der „Sudetendeutschen Partei“ durch Mitarbeit im parlamentarischen System domestizieren zu können. Masaryk, der sich schließlich gegen das von der Linken geforderte Verbot der SdP entschied, fürchtete, wie Majewski einem Vermerk von Masaryks Mitarbeiter Josef Schieszl entnimmt, dass die Deutschen sich in diesem Fall weiter radikalisierten würden, bis hin zum Terrorismus und zur Irredenta (S. 340). Nach der Niederlage der Aktivisten bei den Parlamentswahlen von 1935 behauptete Ministerpräsident Jan Malypetr zwar, dass seine Regierung die Aktivisten stützen werde. Trotz dieses Versprechens erhielt Spina kein Ressort mehr.

In einigen Fällen misst Majewski einzelnen Dokumenten zu viel Bedeutung bei. So zitiert er aus einer Denkschrift für Hitler, die im Winter 1936/37 entstand und dem ehemaligen KB-Mitglied Walter Hergl zugeschrieben wird.¹ Darin wird die

¹ Siehe Hergls Aussagen im Vorspann zu dem Teilabdruck in: Odsun. Die Vertreibung der

Ausrottung oder Vertreibung der Tschechen vorgeschlagen. Daran knüpft Majewski folgende Aussage: „Dies waren leider keine Träumereien eines Verrückten, sondern ein vergleichsweise frühes Zeugnis der weitreichenden Ziele des sudetendeutschen Nationalismus.“ (S. 360). Die „Grundplanung O. A.“, ein Konzept für die Zukunft der böhmischen Länder nach einer Zerschlagung der ČSR, dessen Autorenschaft und Relevanz ungeklärt sind, nennt Majewski ohne Distanz und Quellenkritik „das im Sommer 1938 ausgearbeitete Arbeitsprogramm der SdP“ (S. 381, ähnlich S. 413). An anderer Stelle behauptet er, dass man in Prag den Konzessionen an die SdP immer weniger Bedeutung zugemessen habe, weil die Sudetenfrage sowieso sehr wahrscheinlich durch einen Krieg entschieden werde. Als Beleg bringt Majewski nur einen Vermerk von Benešs Kanzleichef Přemysl Šámal vom April 1938 (S. 370). Wäre dem so gewesen, dann hätten sich die Diskussionen schon um jede einzelne Konzession im geplanten Nationalitätenstatut nicht so zäh entwickelt.

Bei Henleins „Acht Karlsbader Punkten“ weiß oder erwähnt Majewski nicht, dass Ministerpräsident Milan Hodža zwei Wochen zuvor im Gespräch mit SdP-Vertretern zur Kenntnis genommen hatte, dass in Karlsbad „ein Bekenntnis zum Nationalsozialismus erfolgen wird“ (S. 374). Der Autor übernimmt die Behauptung der SdP, dass bei den Kommunalwahlen vom Mai und Juni 1938 89,7 Prozent der Deutschen für sie gestimmt hätten (S. 377), vergisst dabei aber die etwa fünf Prozent Stimmen für die übernational organisierten Kommunisten.

Dem „tragische[n] Ende der Koexistenz“ in der Zeit zwischen 1938 und 1948 widmet Majewski nur knapp 60 Seiten und kann deshalb nicht auf Einzelheiten und Streitfragen eingehen. Manche Aussage hätte hier trotz der Kürze nicht so global erfolgen müssen wie z. B., dass die Tschechen „früher oder später eliminiert werden sollten“ (S. 415). So hat auch nicht Frank den Befehl zur Erschießung der „Rädelsführer“ der Studentendemonstration am 15. November 1939 erteilt, sondern Himmler. Auch übernimmt Majewski ohne Quellenkritik Aussagen des Sicherheitsdienstes (SD) über die Stimmung unter den Protektoratsdeutschen, so z. B. dass sie den Terror nach dem Heydrich-Attentat gut geheißt und sogar noch seine Intensivierung gefordert hätten (S. 424 f.). Zudem übergeht er die Veränderungen in Franks (und Heydrichs) Politik nach den ersten Niederlagen vor Moskau Anfang 1941 (S. 426 f.).

Ähnlich vereinfacht und zum Teil falsch sind einige seiner Aussagen über die Vertreibung und Aussiedlung der Deutschen. So sieht er offensichtlich nicht die Abkehr Wenzel Jakschs von seiner Vorkriegsschrift „Was kommt nach Hitler?“, die schon bald nach Kriegsbeginn erfolgte (S. 429). Im Falle der Pläne Benešs spricht Majewski nur von dessen zeitweiligen Überlegungen, den Deutschen „Autonomie“ in drei Kantonen anzubieten, aber nicht von dessen Absicht, diese notfalls an Deutschland abzutreten. Für Beneš sei die Aussiedlung „eine rationale Lösung des Konflikts“ und nicht Rache für den Verrat seit 1935 gewesen (S. 430), eine Aussage, die im Widerspruch zu Benešs Äußerungen z. B. nach dem Abschluss der Zwangsaussiedlung steht. Majewski spricht von einer „Evolution der Haltung der Kom-

munisten“ zur Vertreibung, während nachgewiesen ist, dass die Moskauer KSČ-Führung noch kurz vor Benešs Ankunft in Moskau im Dezember 1943 gegen diese Lösung gewesen ist, sich dann aber dem Diktat Stalins unterworfen hat. Auch stimmt es nicht, dass das Kaschauer Programm schon die Vertreibung der Deutschen mit Ausnahme der Antifaschisten enthalten habe. Die Vertreibung vor und die Zwangsaussiedlung nach dem Potsdamer Abkommen beschreibt Majewski hingegen zutreffend und ausführlich auf der Basis besonders der Werke Tomáš Staněks.

Zusammenfassend: Majewski bietet einen sehr guten Überblick über das Verhältnis zwischen Deutschen und Tschechen unter der Herrschaft der Habsburger, er hat viel Neues zutage gefördert im seinem Hauptteil über die Erste Republik und bewegt sich etwas unsicher und einseitig im Jahrzehnt der Katastrophen zwischen München und der Zwangsaussiedlung.